

No. 32776

**GERMANY
and
POLAND**

Protocol on the establishment of technical conditions for the transfer of persons at the border in connection with the implementation of the Agreement of 29 March 1991 between the Governments of the Schengen Group States and the Government of the Republic of Poland concerning the readmission of persons residing without authorization and the Agreement of 7 May 1993 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Poland concerning cooperation with regard to the effects of migration movements (with annexes). Signed at Warsaw on 29 September 1994

Authentic texts: German and Polish.

Registered by Germany on 3 April 1996.

N° 32776

ALLEMAGNE
et
POLOGNE

Protocole relatif à la détermination des conditions techniques de reconduction des personnes à la frontière dans le cadre de l'exécution de la Convention entre les Gouvernements des États du Groupe Schengen et le Gouvernement de la République de Pologne concernant la réadmission des étrangers en situation irrégulière, en date du 29 mars 1991, et de l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Pologne concernant la coopération à l'égard des effets des mouvements migratoires, en date du 7 mai 1993 (avec annexes). Signé à Varsovie le 29 septembre 1994

Textes authentiques : allemand et polonais.

Enregistré par l'Allemagne le 3 avril 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

PROTOKOLL ÜBER DIE FESTLEGUNG DER TECHNISCHEN
BEDINGUNGEN DER ÜBERGABE VON PERSONEN AN DER
GRENZE ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCH-
LAND UND DER REPUBLIK POLEN IM ZUSAMMENHANG
MIT DER DURCHFÜHRUNG DES ÜBEREINKOMMENS ZWI-
SCHEN DEN REGIERUNGEN DER STAATEN DER SCHENGEN-
GRUPPE UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK POLEN BE-
TREFFEND DIE RÜCKÜBERNAHME VON PERSONEN MIT
UNBEFUGTEM AUFENTHALT VOM 29. MÄRZ 1991 UND DES
ABKOMMENS ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER
REPUBLIK POLEN ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT HIN-
SICHTLICH DER AUSWIRKUNGEN VON WANDERUNGSBE-
WEGUNGEN VOM 7. MAI 1993

§ 1

1. Um das Verfahren der Übergabe von Personen an der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zu vereinheitlichen, werden die Formulare
 - „Antrag auf Übernahme einer Person“,
 - „Protokoll der Übergabe/Übernahme einer Person“,
 - „Protokoll der Übergabe/Übernahme einer Person im vereinfachten Verfahren“eingeführt, die Anlagen dieses Protokolls sind.
2. Wird der Antrag auf Übernahme einer Person abgelehnt, sind der ersuchenden Seite die Gründe für die Ablehnung schriftlich mitzuteilen.

§ 2

1. Die Staatsangehörigkeit der in Artikel 1 Absatz 1 des Übereinkommens zwischen den Regierungen der Vertragsparteien des Schengener Durchführungsübereinkommens und der Regierung der Republik Polen betreffend die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt vom 29. März 1991 genannten, zu übergebenden Personen wird auf der Grundlage folgender Unterlagen nachgewiesen:
 - a) Reisepässe (Normal-, Diplomaten-, Dienstpaß, Paßersatzdokument),

- b) Personalausweise,
 - c) Kinderausweise,
 - d) vorläufige Personalausweise,
 - e) vorläufige Identitätsbescheinigungen,
 - f) Wehrpässe,
 - g) Staatsangehörigkeitsurkunden,
 - h) Behördenauskünfte mit eindeutiger Aussage.
2. Wenn die zu übergebende Person über keines der in Absatz 1 genannten Dokumente verfügt, kann ihre Staatsangehörigkeit glaubhaft gemacht werden aufgrund:
- a) anderer Unterlagen, die indirekt ihre Staatsangehörigkeit belegen können (dienstliche Legitimation eines Staatsbeamten, Sozialversicherungsschein, Führerschein, Abschrift aus dem Standesamtsregister usw.),
 - b) von Zeugenaussagen, eigenen Angaben des Betroffenen und der Sprache, die er spricht.

In diesem Fall gilt die Staatsangehörigkeit unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

§ 3

1. Die Einreise einer Person über die deutsch-polnische Grenze gemäß Artikel 2 des Übereinkommens zwischen den Regierungen der Staaten der Schengen-Gruppe und der Regierung der Republik Polen betreffend die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt vom 29. März 1991 wird bewiesen auf der Grundlage
- a) der Einreisestempel der Grenzkontrolle des Staates, dem diese Person zu übergeben ist, oder anderer, früher in ihrem Reisepaß von den Behörden dieses Staates vorgenommener Vermerke,
 - b) von Flugscheinen oder ähnlichen namentlichen, die Reiseroute bestätigenden Unterlagen,
 - c) von Erklärungen anderer Personen, z. B. von Grenzbeamten.
2. Die Einreise einer in Absatz 1 genannten Person wird glaubhaft gemacht durch
- a) Erklärungen der zu übergebenden Person,
 - b) verschiedene Unterlagen (z. B. Rechnungen, Bahnfahrkarten, Belege, Bestätigungen), die auf den früheren Auf-

enthalt oder die Durchreise durch das Gebiet der ersuchten Vertragspartei unmittelbar vor dem Grenzübertritt hinweisen.

3. In den Fällen, in denen die Einreise über die deutsch-polnische Grenze nachgewiesen wird, ist sie unter den Vertragsparteien verbindlich anerkannt, ohne daß weitere Erhebungen durchgeführt werden.

Wird die Einreise über die deutsch-polnische Grenze glaubhaft gemacht, gilt sie unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

4. Artikel 2 des Übereinkommens zwischen den Regierungen der Staaten der Schengen-Gruppe und der Regierung der Republik Polen betreffend die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt vom 29. März 1991 bezieht sich auch auf Personen, die nicht Staatsangehörige der Vertragsparteien sind (Drittausländer).

§ 4

1. Die Übergabe der in § 2 und § 3 genannten Personen soll unverzüglich erfolgen, und zwar binnen 48 Stunden nach Benachrichtigung durch Beamte der zuständigen Behörden der ersuchenden Vertragspartei über die zu erfolgende Übergabe.
2. Die gemäß Absatz 1 zu erfolgende termingemäße Mitteilung über die Übergabe der Person kann der Behörde der ersuchten Vertragspartei ohne Zusatzformalitäten zugeleitet werden (telefonisch, per Telefax oder unmittelbar durch die Inkennsitzung des zuständigen Beamten); die Behörde der ersuchten Vertragspartei hat auf diese Mitteilung binnen 24 Stunden eine Antwort zu erteilen.
3. Die Übergabe der in Absatz 1 genannten Personen erfolgt an einem der Grenzübergänge, der vom Ort des Grenzübertritts am wenigsten entfernt ist. Ist der Ort des Grenzübertritts nicht festzustellen, erfolgt die Übergabe an einem vom Aufgriffsort dieser Person im ersuchenden Staat am wenigsten entfernten Grenzübergang.
4. Die Übergabe von Personen nach dem Verfahren in den Absätzen 1 und 2 wird durch die Ausfertigung des „Protokolls über die Übergabe/Übernahme einer Person im vereinfachten Verfahren“ (Anlage 3) dokumentiert.
5. Zur Übersendung der Mitteilungen und zur Übergabe der Personen sind die Kommandanten der Grenzkontrollstellen oder durch sie bevollmächtigte Personen des Grenzschutzes der Vertragsparteien berechtigt.

§ 5

1. Bei den Personen, die nicht gemäß § 4 Absatz 1 übergeben worden sind, wird das in dem Übereinkommen zwischen den Regierungen der Staaten der Schengen-Gruppe und der Regierung der Republik Polen betreffend die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt vom 29. März 1991 sowie das in Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit hinsichtlich der Auswirkungen von Wanderungsbewegungen vom 7. Mai 1993 festgelegte Verfahren angewandt. § 2 und § 3 dieses Protokolls finden nach Maßgabe der folgenden Absätze Anwendung.
2. Die Übergabe und Übernahme der in Absatz 1 genannten Personen erfolgt auf Antrag, und zwar
 - auf deutscher Seite: von der Grenzschutzdirektion Koblenz,
 - auf polnischer Seite: vom Büro für die Kontrolle des Grenzverkehrs des Hauptkommandos des Grenzschutzes in Warschau.
3. Die Mitteilung der Übergabeabsicht erfolgt in Form des „Antrags auf Übernahme einer Person“ (Anlage 1).
4. Zur Übergabe einer im „Antrag auf Übernahme einer Person“ bezeichneten Person werden die Bestimmungen des § 4 Absatz 3 dieses Protokolls angewandt.
5. Die Übergabe von Personen nach dem Verfahren in den Absätzen 1 und 2 wird durch die Ausfertigung des „Protokolls über die Übergabe/Übernahme einer Person“ (Anlage 2) dokumentiert.

§ 6

Mit dem Inkrafttreten dieses Protokolls erlischt die Absprache zur technischen Durchführung des Übereinkommens betreffend die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt vom 29. März 1991, unterzeichnet am 11. Dezember 1991 in Görlitz.

Warschau, den 29. September 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Bundesminister des Innern
der Bundesrepublik Deutschland Im Auftrag:
KURT SCHELTER

Im Auftrag des Ministers des Innern
der Republik Polen:
H. JASIK

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ANLAGE 1

Von: _____

 (Bezeichnung der Stelle, die den Antrag stellt)

AZ: _____

An: _____

 (Bezeichnung des Empfängers)

_____ (Ort und Datum)

Antrag auf Übernahme einer Person

1. Daten zur Person

- 1.1 Familienname: _____
- 1.2 Vornamen: _____
- 1.3 Geburtsname: _____
- 1.4 Aliasname: _____
- 1.5 Staatsangehörigkeit: _____ Sprache: _____
- 1.6 Geburtsdatum: _____
- 1.7 Geburtsort: _____
- 1.8 Wohnort im Ausgangsland: _____
- 1.9 Persönliche Dokumente (Bezeichnung und Nummer des zum Grenzübertritt berechtigenden Dokuments, durch wen ausgestellt, bis wann gültig): _____

2. Umstände der illegalen Einreise in den Übergeberstaat

- 2.1 Tag und Uhrzeit der Einreise: _____
- 2.2 Ort: _____
- 2.3 Einreiseumstände (detaillierte Angaben): _____

3. Aufenthalt im übernehmenden Land

3.1 Zeitpunkt der Einreise: _____

3.2 Ortschaft der Einreise: _____

3.3 Aufenthaltsdauer: _____

3.4 Aufenthaltsort: _____

3.5 Reiseroute zur Grenze: _____

3.6 Beweis oder Glaubhaftmachungsmittel für die Einreise einer Person über die deutsch-polnische Grenze, die die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt (illegale Einreise): _____

4. Besondere Umstände in bezug auf die Person

4.1 Dolmetscher erforderlich für: _____

4.2 Mitgeführte Gegenstände: _____

(Dokumente, Bargeld etc.)

4.3 Hinweis auf besondere Gefährlichkeit der Person: _____

(z.B. Verdacht auf Straftat, aggressive Person)

4.4 Hinweis zum Gesundheitszustand: _____

(evtl. Hinweis auf besondere ärztliche Betreuung)

4.5 Minderjähriger bis 13 Jahre, der mit der/den in den o. a. Punkten genannten Person/en übergeben wird: _____
(Vor- und Zuname, Geburtsdatum)

4.6 An die zuständige Behörde des beantragenden Staates gerichtete Anträge der Person, die der Übermittlung unterliegt, und Standpunkt dieser Behörde, darunter eventueller Antrag auf Anerkennung des Flüchtlingsstatus oder des Rechts auf Asyl: _____

5. Vorgeschlagener Ort und Zeit der Übergabe:

6. Anhänge:

7. Bestätigung der Entgegennahme/Annahme des Antrags (Ort, Datum, Unterschrift): _____

(Unterschrift)

ANLAGE 2

PROTOKOLL ÜBER DIE ÜBERGABE/ÜBERNAHME EINER PERSON

Übergabeort _____
 Zeitpunkt der Übergabe _____
 Übergebender _____
 Übernehmender _____
 Unter Bezugnahme auf den am _____ gestellten Antrag
 (Datum)
 der _____ wurde/n nachstehend aufgeführte Person/en
 (Übergabestaat)
 von der _____ übernommen.
 (Übernehmerstaat)

1.	_____	_____
	(Name, Vorname)	(Geburtsdatum)
2.	_____	_____
	(Name, Vorname)	(Geburtsdatum)
3.	_____	_____
	(Name, Vorname)	(Geburtsdatum)
4.	_____	_____
	(Name, Vorname)	(Geburtsdatum)
5.	_____	_____
	(Name, Vorname)	(Geburtsdatum)

Dabei wurden folgende Anlagen übergeben:

1. _____
 2. _____
 3. _____
 4. _____
 5. _____

Bemerkungen: _____

 (Vorname, Zuname und Funktion des Übergebenden)

(Unterschrift)

 (Vorname, Zuname und Funktion des Übernehmenden)

(Unterschrift)

ANLAGE 3

**PROTOKOLL ÜBER DIE ÜBERGABE/ÜBERNAHME EINER PERSON
IM VEREINFACHTEN VERFAHREN**

1. Am _____ um _____ Uhr in _____ (Ort)

wurde an _____ übermittleit:
(Bezeichnung des übernehmenden Landes)

Vorname und Name _____

Datum und Ort der Geburt _____

Wohnort im Herkunftsland _____

Staatsangehörigkeit _____

Identität wurde festgelegt auf der Grundlage von: _____

(Bezeichnung, Serie und Nummer des Dokuments, wann und durch wen ausgestellt, ggfs. andere Weise der Identitätsfeststellung)

2. Zeit, Ort und Weise sowie Motive der illegalen Einreise

(Kurze Beschreibung der Tat)

3. Andere Gründe der Übermittlung (betrifft die Bürger der Vertragsparteien)

4. Bestätigende Beweise oder Umstände, die die illegale Einreise glaubhaft machen

5. Im Zusammenhang mit der Übermittlung der Person zu übermittelnde Gegenstände, Dokumente und Geld

6. Minderjähriger unter 13 Jahren, der gemeinsam mit der unter Punkt 1 aufgeführten Person übermittelt wird
(Vor- und Zuname, Geburtsdatum)

7. Anlagen:

- a) _____
- b) _____
- c) _____
- d) _____
- e) _____

Das Protokoll wurde in _____ Exemplaren
in der _____ Sprache ausgefertigt.

_____ _____ (Vor- und Zuname und Dienststellung des Übergebenden)	_____ _____ (Vor- und Zuname und Dienststellung des Übernehmenden)
_____ (Unterschrift)	_____ (Unterschrift)

*1 Falls die Daten die Rubriken überschreiten, sind sie in Form einer Anlage mit desbezüglichen Verweis in der Rubrik und Aufzählung unter Punkt 7 beizufügen

[POLISH TEXT — POLONAIIS TEXT]

PROTOKÓŁ W SPRAWIE USTALENIA TECHNICZNYCH WARUNKÓW PRZEKAZYWANIA OSÓB NA GRANICY MIĘDZY REPUBLIKĄ FEDERALNĄ NIEMIEC A RZECZĄPOSPOLITĄ POLSKĄ W ZWIĄZKU Z REALIZACJĄ POROZUMIENIA MIĘDZY RZĄDAMI PAŃSTW GRUPY SCHENGEN I RZĄDEM RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ O PRZYJMOWANIU OSÓB PRZEBYWAJĄCYCH BEZ ZEZWOLENIA Z DNIA 29 MARCA 1991 R. I POROZUMIENIA MIĘDZY RZĄDEM REPUBLIKI FEDERALNEJ NIEMIEC A RZĄDEM RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ O WSPÓŁPRACY W ZAKRESIE SKUTKÓW WYNIKAJĄCYCH Z RUCHÓW MIGRACYJNYCH Z DNIA 7 MAJA 1993 R.

§ 1

1. W celu ujednoczenia postępowania w sprawach związanych z przekazywaniem osób na granicy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską wprowadza się formularze:
 - „Wniosek o przyjęcie osoby”,
 - „Protokół przekazania/przyjęcia osoby”,
 - „Protokół przekazania/przyjęcia osoby w trybie uproszczonym”,stanowiące załączniki do niniejszego Protokołu.
2. O ile wniosek o przyjęcie osoby zostanie załatwiony odmownie, należy Stronie wnioskującej podać przyczyny odmowy w formie pisemnej.

§ 2

1. Obywatelstwo osób, o których mowa w art. 1 ust. 1 Porozumienia między Rządami państw grupy Schengen i Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o przyjmowaniu osób przebywających bez zezwolenia z dnia 29 marca 1991 r., podlegających przekazaniu udowadnia się na podstawie następujących dokumentów:
 - a) paszportów (zwykły, dyplomatyczny, służbowy, blankietowy),
 - b) dowodów osobistych,
 - c) dowodów tożsamości dla dzieci,

- d) tymczasowych dowodów osobistych,
 - e) tymczasowych zaświadczeń tożsamości,
 - f) książeczek wojskowych,
 - g) poświadczeń obywatelstwa,
 - h) informacji urzędowych o jednoznacznej wymowie.
2. Jeżeli osoba podlegająca przekazaniu nie posiada żadnego z wymienionych w pkt 1 dokumentów, to można uwiarygodnić posiadanie przez nią obywatelstwa na podstawie:
- a) innych dokumentów, które w sposób pośredni mogą świadczyć o jej obywatelstwie (legitymacja służbowa funkcjonariusza państwowego, legitymacja ubezpieczenia społecznego, odpis aktu stanu cywilnego, prawo jazdy itp.),
 - b) zeznań świadków, wyjaśnień zainteresowanego i języka, którym się posługuje.

W tym przypadku Umawiające się Strony traktują obywatelstwo jako pewne dopóki wezwana Strona Umawiająca się tego nie obali.

§ 3

1. Wjazd przez granicę niemiecko – polską osoby, o której mowa w art. 2 Porozumienia między Rządami państw grupy Schengen i Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o przyjmowaniu osób przebywających bez zezwolenia z dnia 29 marca 1991 r. udowadnia się na podstawie:
- a) stempli wjazdowych kontroli granicznej Państwa, do którego osoba ma być przekazana lub innych adnotacji zamieszczonych uprzednio w jej paszporcie przez władze tego Państwa,
 - b) biletów lotniczych lub innych podobnych dokumentów imiennych, które potwierdzają trasę podróży,
 - c) wyjaśnień innych osób, np. funkcjonariuszy służb granicznych.
2. Wjazd osoby, o której mowa w ust. 1 można uwiarygodnić na podstawie:
- a) wyjaśnień osoby podlegającej przekazaniu,
 - b) różnego rodzaju dokumentów (np. rachunki, bilety kolejowe, kwity, poświadczenia) wskazujących na uprzedni pobyt lub przejazd przez terytorium wezwanej Strony Umawiającej się, bezpośrednio przed przekroczeniem granicy.

3. W przypadkach, w których udowodni się wjazd przez granicę niemiecko – polską, będzie on wiążąco uznawany przez Umawiające się Strony bez konieczności dokonania dalszych ustaleń.

Jeżeli wjazd przez granicę niemiecko – polską zostanie uwiarygodniony, Umawiające się Strony traktują go jako pewny, dopóki wezwana Umawiająca się Strona nie obali tego.

4. Artykuł 2 Porozumienia między Rządami państw grupy Schengen i Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o przyjmowaniu osób przebywających bez zezwolenia z dnia 29 marca 1991 r. dotyczy również osób, które nie są obywatelami Umawiających się Stron (obywatele państw trzecich).

§ 4

1. Przekazywanie osób, o których mowa w § 2 i 3 powinno nastąpić niezwłocznie, nie później, niż przed upływem 48 godzin od chwili powiadomienia przez funkcjonariuszy właściwego organu wzywającej Strony Umawiającej się o mającym nastąpić przekazaniu.
2. Zgłoszenie przekazania osoby, w terminie, o którym mowa w ust. 1, może być przekazane organowi wezwanej Strony Umawiającej się bez zbędnych formalności (telefonicznie, telefaksem lub poprzez bezpośrednie powiadomienie odpowiedniego funkcjonariusza); organ wezwanej Strony Umawiającej się powinien odpowiedzieć na to zgłoszenie przed upływem 24 godzin od otrzymania powiadomienia.
3. Przekazywanie osób wymienionych w ust. 1, odbywa się w jednym z przejść granicznych, najbliższym miejsca jej przekroczenia, jeżeli zostało ono ustalone. Jeżeli ustalenie miejsca przekroczenia granicy nie jest możliwe przekazanie następuje w przejściu granicznym najbliższym miejsca zatrzymania tej osoby w państwie Strony wzywającej.
4. Przekazywanie osób w trybie ust. 1 i 2 dokumentowane jest w formie „Protokołu przekazania/przyjęcia osoby w trybie uproszczonym” (Zał. Nr 3).
5. Uprawnionymi do przekazywania zgłoszeń i przekazywania osób są komendanci granicznych placówek kontrolnych lub upoważnieni przez nich funkcjonariusze straży granicznych Umawiających się Stron.

§ 5

1. Do osób, które nie zostały przekazane w trybie określonym w § 4 ust. 1 stosuje się tryb określony w Porozumieniu między Rządami państw grupy Schengen i Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o przyjmowaniu osób przebywających bez zezwolenia z dnia 29 marca 1991 r. oraz postępowanie ustalone w artykule 1 ust. 3 Porozumienia między Rządem Republiki Federalnej Niemiec i Rządem Rzeczypospolitej Polskiej o współpracy w zakresie skutków wynikających z ruchów migracyjnych z dnia 7 maja 1993 roku.

§ 2 i § 3 niniejszego Protokołu stosowane są w oparciu o poniższe ustępy.
2. Przekazywanie i przyjmowanie osób wymienionych w ust. 1 odbywać się będzie na wniosek:
 - ze strony niemieckiej – Dyrekcji Straży Granicznej w Kolencji,
 - ze strony polskiej – Biura Kontroli Ruchu Granicznego Komendy Głównej Straży Granicznej w Warszawie.
3. Zgłoszenie zamiaru przekazania następuje w formie „Wniosku o przyjęcie osoby” (Zał. Nr 1).
4. Do przekazania osoby określonej we „Wniosku o przyjęcie osoby” stosuje się odpowiednio przepis § 4 ust. 3 niniejszego Protokołu.
5. Przekazywanie osób w trybie ustalonym w ust. 1 i 2 dokumentuje się przez sporządzenie „Protokołu przekazania/przyjęcia osoby (Zał. Nr 2).

§ 6

Z chwilą wejścia w życie niniejszego Protokołu wygasa uzgodnienie o technicznej realizacji porozumienia dotyczącego readmisji osób przebywających bez zezwolenia, z dnia 29 marca 1991 r. podpisane w dniu 11 grudnia 1991 r. w Görlitz.

Sporządzono w Warszawie dnia 29 września 1994 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwa teksty posiadają jednakową moc.

Federalny Minister Spraw Wewnętrznych
Republiki Federalnej Niemiec za Ministra:

KURT SCHELTER

Minister Spraw Wewnętrznych
Rzeczypospolitej Polskiej za Ministra

H. JASIK

3. Pobyt w kraju przyjmującym

3.1 Data wjazdu _____

3.2 Miejscowość wjazdu _____

3.3 Okres pobytu _____

3.4 Miejsco pobytu _____

3.5 Trasa dojazdu do granicy _____

3.6 Środki dowodowe lub uwiarygadniające wjazd osoby przez granicę polsko-niemiecką która nie spełnia lub przestała spełniać warunki wjazdu lub pobytu (nielegalny wjazd) _____

4. Szczególne okoliczności dotyczące osoby

4.1 Potrzebny tłumacz z języka _____

(w celu okres)

4.2 Posiadane przedmioty: _____

(dokumenty, pieniądze itd)

4.3 Wskazówki co do szczególnego zagrożenia ze strony osoby _____

(podejrzenie popełnienia przestępstwa - agresywność)

4.4 Wskazówki odnośnie stanu zdrowia _____

(ewentualne wskazówki dotyczące opieki lekarskiej)

4.5 Młodoletni do lat 13, towarzyszący osobie/osobom przekazywanej, którzy wraz z tą osobą są przekazywani _____
(imię, nazwisko, data urodzenia)

4.6 Wnioski skierowane do organu państwa wnioskującego przez osobę podlegającą przekazaniu i stanowisko tego organu, w tym ewentualny wniosek o przyznanie statusu uchodźcy lub prawa azylu _____

5. Proponowane miejsce i czas przekazania

6. Załączniki

7. Potwierdzenie przyjęcia wniosku (miejscowość, data, podpis):

(podpis)

ZAŁĄCZNIK Nr 2

PROTOKÓŁ PRZEKAZANIA/PRIJĘCIA OSOBY

Miejsce przekazania _____

Czas przekazania _____

Strona przekazująca _____

Strona przyjmująca _____

Zgodnie z wnioskiem z dnia _____ złożonym przez

(nazwa państwa przekazującego)

przyjmowane są przez _____

(nazwa państwa przyjmującego)

niżej wymienione osoby:

- | | | |
|----|-------------------|------------------|
| 1. | _____ | _____ |
| | (nazwisko i imię) | (data urodzenia) |
| 2. | _____ | _____ |
| | (nazwisko i imię) | (data urodzenia) |
| 3. | _____ | _____ |
| | (nazwisko i imię) | (data urodzenia) |
| 4. | _____ | _____ |
| | (nazwisko i imię) | (data urodzenia) |
| 5. | _____ | _____ |
| | (nazwisko i imię) | (data urodzenia) |

Jednocześnie przekazano następujące załączniki:

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____

Uwagi: _____

(imię i nazwisko oraz funkcja przekazującego)

(imię i nazwisko oraz funkcja przyjmującego)

(podpis)

(podpis)

ZAŁĄCZNIK Nr 3

PROTOKÓŁ PRZEKAZANIA/PRIJĘCIA OSOBY W TRYBIE UPROSZCZONYM

1. W dniu _____ o godzinie _____ w _____
(miejsce)

przekazano do _____
(nazwa państwa przyjmującego)

imię i nazwisko _____

data i miejsce urodzenia _____

miejsce zamieszkania w kraju pochodzenia _____

obywatelstwo _____

tożsamość ustalono na podstawie _____

(nazwa, seria i numer dokumentu, kiedy i przez kogo wydany; ewentualnie inny sposób ustalenia tożsamości)

2. Czas, miejsce i sposób oraz motywy nielegalnego wjazdu:

(krótki opis czynu)

3. Inne powody przekazania (dotyczy obywateli Umawiających się Stron)

4. Dowody potwierdzające lub okoliczności pozwalające uwiarygodnić nielegalny wjazd

5. Przedmioty, dokumenty i pieniądze podlegające przekazaniu w związku z przekazaniem osoby

6. Nieletni do lat 13 przekazywany wraz z osobą wymienioną w pkt 1
(imię, nazwisko, data urodzenia)

7. Załączniki:

- a) _____
- b) _____
- c) _____
- d) _____
- e) _____

Protokół został sporządzony w _____ egzemplarzach
w języku _____

(imię i nazwisko oraz stanowisko przekazującego)

(imię i nazwisko oraz stanowisko przyjmującego)

(podpis)

(podpis)

*] w przypadku, gdy dane wykraczają poza rubrykę, należy dołączyć je w formie załącznika z zaznaczeniem tego w rubryce i wyłączeniem w pkt 7

[TRANSLATION — TRADUCTION]

PROTOCOL¹ ON THE ESTABLISHMENT OF TECHNICAL CONDITIONS FOR THE TRANSFER OF PERSONS AT THE BORDER BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE REPUBLIC OF POLAND IN CONNECTION WITH THE IMPLEMENTATION OF THE AGREEMENT OF 29 MARCH 1991 BETWEEN THE GOVERNMENTS OF THE SCHENGEN GROUP STATES AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF POLAND CONCERNING THE READMISSION OF PERSONS RESIDING WITHOUT AUTHORIZATION AND THE AGREEMENT OF 7 MAY 1993 BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF POLAND CONCERNING COOPERATION WITH REGARD TO THE EFFECTS OF MIGRATION MOVEMENTS

Article 1

1. In order to unify procedures for the transfer of persons at the border between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland, the forms

- “Request for the readmission of a person”,
 - “Record of the return/readmission of a person”,
 - “Record of the return/readmission of a person under the simplified procedure”
- shall be introduced and appear as annexes to this Protocol.

2. If a request for readmission of a person is rejected, the reasons for the rejection shall be provided in writing to the requesting party.

Article 2

1. The nationality of the persons referred to in article 1, paragraph 1, of the Agreement of 29 March 1991 between the Governments of the Schengen Group States and the Government of the Republic of Poland concerning the readmission of persons residing without authorization who are to be transferred may be proved by means of:

- a) Passports (ordinary, diplomatic or official duty, passport substitutes),
- (b) Personal identity cards,
- (c) Minor’s identity cards,
- (d) Provisional identity cards,
- (e) Provisional identity papers,
- (f) Military passes,

¹ Came into force on 29 September 1994 by signature.

- (g) Certificates of nationality,
- (h) Statements by the official authorities.

2. If the person to be returned does not possess any of the documents referred to in paragraph 1, a presumption of nationality may be established by means of:

(a) Other documents (government employee's service identity card, social insurance certificate, driving licence, an extract from register office records, etc.) that can establish a presumption of nationality,

(b) Statements by witnesses or particulars supplied by the person concerned, the language of the person concerned.

In such a case, a presumption of nationality should be deemed accepted unless the requested party proves otherwise.

Article 3

1. The entry of a person across the German-Polish border in accordance with article 2 of the Agreement of 29 March 1991 between the Governments of the Schengen Group States and the Government of the Republic of Poland concerning the readmission of persons residing without authorization may be proved by means of:

(a) An entry stamp made by the border patrol of the State to which the person is to be returned or other entries made earlier in the person's passport by the authorities of that State,

(b) Air tickets or similar documents confirming the travel route,

(c) Statements by other persons, for example, border officials.

2. A presumption of entry of a person referred to in paragraph 1 may be established by means of:

(a) Statements by the person to be returned,

(b) Various documents (for example, bills, railway tickets, receipts, confirmations) that indicate a prior stay in or transit through the territory of the requesting party immediately before the time of crossing the frontier.

3. Where entry across the German-Polish border is proved, the Contracting Parties must accept this as fact without further investigation.

If a presumption of entry across the German-Polish border is established, it should be deemed accepted unless the requested party proves otherwise.

4. Article 2 of the Agreement of 29 March 1991 between the Governments of the Schengen Group States and the Government of the Republic of Poland concerning the readmission of persons residing without authorization shall also apply to persons who are not nationals of the Contracting Parties (third-country aliens).

Article 4

1. The transfer of the persons referred to in articles 2 and 3 should proceed without delay, i.e., within 48 hours after notification by the competent authorities of the requesting party concerning the transfer to be made.

2. The timely notification to be given in accordance with paragraph 1 concerning the transfer of the person may be addressed to the authorities of the re-

requested party without any formality (via telephone, fax, or directly by informing the competent authority); the authorities of the requested party must make a response to such notification within 24 hours.

3. The transfer of persons referred to in paragraph 1 shall be effected at the border crossing that is least distant from the place where the person to be transferred crossed the border. If the place where the border was crossed cannot be determined, the transfer shall be effected at the border crossing least distant from the receiving location in the requesting State.

4. The transfer of persons in accordance with the procedures specified in paragraphs 1 and 2 shall be documented by the completion of the "Record of the return/readmission of a person under the simplified procedure" (see annex 3).

5. Commanders of border checkpoints or officials of the border patrol empowered by them shall be authorized to transmit notifications and to transfer persons.

Article 5

1. In the case of persons who have not been transferred in accordance with article 4, paragraph 1, the procedure established in the Agreement of 29 March 1991 between the Governments of the Schengen Group States and the Government of the Republic of Poland concerning the readmission of persons residing without authorization and in the Agreement of 7 May 1993 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Poland concerning cooperation with regard to the effects of migration movements shall be applied. Paragraphs 2 and 3 of this Protocol shall be applied in accordance with the following paragraphs.

2. The transfer and readmission of the persons referred to in paragraph 1 shall be effected on the basis of a request from:

- For Germany, the Koblenz Border Patrol Administration,
- For Poland, by the Office for the Control of Border Traffic of the Border Patrol Headquarters in Warsaw.

3. Notification of the intention to transfer shall be given in the form of the "Request for the readmission of a person" (annex 1).

4. For the transfer of a person indicated in the "Request for the readmission of a person", the conditions laid down in article 4, paragraph 3, of this Protocol shall apply.

5. The transfer of persons in accordance with the procedure specified in paragraphs 1 and 2 shall be documented by the completion of the "Record of the return/readmission of a person" (annex 2).

Article 6

Upon its entry into force, this Protocol shall supersede the Arrangement concerning the technical implementation of the Agreement of 29 March 1991 concerning the readmission of persons residing without authorization, signed on 11 December 1991 in Görlitz.

DONE at Warsaw on 29 September 1994, in two originals, in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

On behalf of the Federal Minister of the Interior
of the Federal Republic of Germany:

KURT SCHELTER

On behalf of the Minister of the Interior
of the Republic of Poland:

H. JASIK

3.6. Proof or grounds for presumption that a person not meeting or no longer meeting entry or residence requirements (illegal entry) entered via the German-Polish frontier: _____

4. *Special circumstances relating to transferee*

4.1. Interpreter required for: _____

4.2. Accompanying items: _____

(Documents, cash, etc.)

4.3. Indication of particularly dangerous person: _____

(e.g. suspected of a serious offence, aggressive behaviour)

4.4. State of health: _____

(Reference to special medical care)

4.5. Minors up to 13 years of age being transferred together with the persons referred to in the points listed above: _____

(Forenames, surname and date of birth)

4.6. Applications submitted to the competent authorities of the requesting State by the transferee and position of the competent authority, including any application for recognition of refugee status or right of asylum: _____

5. *Proposed place, date and time of transfer:*

6. *Annexes:*

7. *Confirmation of receipt of request (place, date, signature):*

(Signature)

ANNEX 2

RECORD OF THE RETURN/READMISSION OF A PERSON

Place of transfer _____

Time and date of transfer _____

Returning party _____

Readmitting party _____

In response to the request submitted on (date) _____, the person(s) listed below was/were readmitted by (Returning State) _____.

- | | | |
|----|---------------------------------|------------------------|
| 1. | _____ | _____ |
| | <i>(Surname, given name(s))</i> | <i>(Date of birth)</i> |
| 2. | _____ | _____ |
| | <i>(Surname, given name(s))</i> | <i>(Date of birth)</i> |
| 3. | _____ | _____ |
| | <i>(Surname, given name(s))</i> | <i>(Date of birth)</i> |
| 4. | _____ | _____ |
| | <i>(Surname, given name(s))</i> | <i>(Date of birth)</i> |
| 5. | _____ | _____ |
| | <i>(Surname, given name(s))</i> | <i>(Date of birth)</i> |

The following annexes were handed over

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____

Remarks: _____

*(Given name(s), surname and position of returning official)*_____
*(Signature)*_____
*(Given name(s), surname and position of returning official)*_____
(Signature)

ANNEX 3

RECORD OF THE RETURN/READMISSION OF A PERSON
UNDER THE SIMPLIFIED PROCEDURE

1. On _____ at _____ a.m./p.m. in _____,
(date) (place)

the following person was transferred to _____:
(name of readmitting country)

Given name(s) and surname _____

Date and place of birth _____

Place of residence in country of origin _____

Nationality _____

Identity established on the basis of: _____

(Designation, series and number of document, when and by whom issued, other means of establishing identity, if any)

2. Time, place, manner and motive of illegal entry

(Brief description of the act)

3. Other reasons for transfer (applies to nationals of the Contracting Parties)

4. Evidence or circumstances substantiating presumption of illegal entry

5. Property, documents and money to be transferred with the transferee

6. Minors (given name(s), surname, date of birth) under 13 years of age to be transferred together with the person referred to in point 1

7. Annexes

- (a) _____
(b) _____
(c) _____
(d) _____
(e) _____

The Record was drafted in _____ copies in the _____ language.

(Given name(s), surname and position of transferring official)

(Given name(s), surname and position of transferring official)

(Signature)

(Signature)

(* Where space is insufficient write on separate sheets and list them in point 7.7.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

PROTOCOLE¹ RELATIF À LA DÉTERMINATION DES CONDITIONS TECHNIQUES DE RECONDUCTION DES PERSONNES À LA FRONTIÈRE ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE DANS LE CADRE DE L'EXÉCUTION DE LA CONVENTION ENTRE LES GOUVERNEMENTS DES ÉTATS DU GROUPE DE SCHENGEN ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE CONCERNANT LA RÉADMISSION DES ÉTRANGERS EN SITUATION IRRÉGULIÈRE, EN DATE DU 20 MARS 1991, ET DE L'ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE CONCERNANT LA COOPÉRATION À L'ÉGARD DES EFFETS DES MOUVEMENTS MIGRATOIRES, EN DATE DU 7 MAI 1993

Article 1

1. Pour unifier la procédure de reconduction des personnes à la frontière entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne, les formulaires suivants, qui constituent des annexes au présent Protocole, sont mis en place :

- « Demande de prise en charge d'une personne »;
- « Protocole de reconduction/prise en charge d'une personne »;
- « Protocole de reconduction/prise en charge d'une personne selon la procédure simplifiée ».

2. Si la demande de prise en charge d'une personne est rejetée, les motifs de ce rejet doivent être communiqués par écrit à la partie requérante.

Article 2

1. La nationalité des personnes à reconduire visées au paragraphe 1 de l'article premier de la Convention entre les Gouvernements des États du Groupe de Schengen et le Gouvernement de la République de Pologne concernant la réadmission des étrangers en situation irrégulière, en date du 29 mars 1991, est établie sur la base des documents suivants :

- a) Passeport (normal, diplomatique, de service, document tenant lieu de passeport);
- b) Carte d'identité;
- c) Carte d'identité d'enfant;
- d) Carte d'identité provisoire;
- e) Certificat d'identité provisoire;

¹ Entré en vigueur le 29 septembre 1994 par la signature.

- f) Livret militaire;
- g) Documents établissant la nationalité;
- h) Renseignements des autorités comportant une déclaration claire.

2. Si la personne à reconduire ne possède aucun des documents visés au paragraphe 1, sa nationalité peut être établie de manière crédible sur la base :

a) D'autres documents établissant de manière indirecte sa nationalité (légitimation officielle d'un fonctionnaire, carte de sécurité sociale, permis de conduire, extrait d'état civil, etc.);

b) De témoignages, des indications de l'intéressé et de la langue qu'il parle.

En pareil cas, la nationalité est considérée comme certaine entre les Parties contractantes, tant que la Partie contractante requise ne l'a pas réfutée.

Article 3

1. L'entrée d'une personne par la frontière germano-polonaise conformément à l'article 2 de la Convention entre les Gouvernements des Etats du Groupe de Schengen et le Gouvernement de la République de Pologne concernant la réadmission des étrangers en situation irrégulière, en date du 29 mars 1991, est établie sur la base

a) Du visa d'entrée apposé par les services de contrôle douanier de l'Etat auquel cette personne doit être remise ou d'autres mentions inscrites précédemment dans son passeport par les autorités de cet Etat;

b) Des billets d'avion ou d'autres documents nominatifs analogues qui établissent l'itinéraire;

c) Des déclarations d'autres personnes, par exemple les fonctionnaires des douanes.

2. L'entrée d'une personne visée au paragraphe 1 est établie de manière crédible au moyen

a) Des déclarations de la personne à reconduire;

b) De divers documents (par exemple des factures, des billets de chemin de fer, des pièces justificatives, des confirmations) indiquant le séjour antérieur ou le passage à travers le territoire de la Partie contractante requise immédiatement avant le franchissement de la frontière.

3. Dans les cas où l'entrée par la frontière germano-polonaise est prouvée, elle est obligatoirement reconnue entre les Parties contractantes, sans que d'autres enquêtes soient menées.

Si l'entrée par la frontière germano-polonaise est établie de façon crédible, elle est considérée comme certaine entre les Parties contractantes, tant que la Partie contractante requise ne l'a pas réfutée.

4. L'article 2 de la Convention entre les Gouvernements des Etats du Groupe de Schengen et le Gouvernement de la République de Pologne concernant la réadmission des étrangers en situation irrégulière, en date du 29 mars 1991, se rapporte aussi aux personnes qui ne sont pas des ressortissants des Parties contractantes (ressortissants d'Etats tiers).

Article 4

1. La reconduction des personnes visées aux articles 2 et 3 doit avoir lieu sans délai, c'est-à-dire dans les 48 heures suivant la notification de la reconduction prévue par des fonctionnaires des autorités compétentes de la Partie contractante requérante.

2. La notification de la reconduction à effectuer dans les délais prescrits au paragraphe 1 peut être adressée (par téléphone, télécopie ou directement par la mise au courant du fonctionnaire compétent) sans formalités supplémentaires à l'autorité de la Partie contractante requise; l'autorité de la Partie contractante requise doit répondre à cette notification dans un délai de 24 heures.

3. La reconduction des personnes visées au paragraphe 1 a lieu à l'un des points de passage de la frontière les moins éloignés du lieu de franchissement de la frontière. Si le lieu de franchissement de la frontière ne peut être établi, la reconduction a lieu à l'un des points de passage les moins éloignés du lieu de l'Etat requérant où cette personne a été appréhendée.

4. La reconduction des personnes selon la procédure visée aux paragraphes 1 et 2 est justifiée par l'établissement du « Protocole de reconduction/prise en charge d'une personne selon la procédure simplifiée » (annexe 3).

5. Les personnes habilitées à transmettre les notifications et à reconduire les personnes sont les commandants des postes de contrôle frontalier ou les membres de la police des frontières des Parties contractantes mandatés par eux.

Article 5

1. Pour les personnes qui n'ont pas été reconduites conformément au paragraphe 1 de l'article 4, il convient d'appliquer la procédure énoncée dans la Convention entre les Gouvernements des Etats du Groupe de Schengen et le Gouvernement de la République de Pologne concernant la réadmission des étrangers en situation irrégulière, en date du 29 mars 1991, ainsi que la procédure énoncée au paragraphe 3 de l'article premier de l'Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Pologne concernant la coopération à l'égard des effets des mouvements migratoires, en date du 7 mai 1993. Les articles 2 et 3 du présent Protocole s'appliquent conformément aux paragraphes ci-après.

2. La reconduction et la prise en charge des personnes visées au paragraphe 1 a lieu sur demande, à savoir :

- Du côté allemand, sur la demande de la Direction de la police des frontières de Coblenze;
- Du côté polonais, sur la demande du Bureau de contrôle du trafic frontalier du Commandement principal de la police des frontières de Varsovie.

3. L'intention de procéder à la reconduction est notifiée sous la forme de la « Demande de prise en charge d'une personne » (annexe 1).

4. Pour la reconduction d'une personne visée dans la « Demande de prise en charge d'une personne », il convient d'appliquer les dispositions du paragraphe 3 de l'article 4 du présent Protocole.

5. La reconduction de personnes selon la procédure visée aux paragraphes 1 et 2 est justifiée par l'établissement du « Protocole de reconduction/prise en charge d'une personne » (annexe 2).

Article 6

L'entrée en vigueur du présent Protocole entraîne l'expiration de l'Arrangement relatif à l'application technique de la Convention relative à la réadmission des étrangers en situation irrégulière, en date du 29 mars 1991, signé le 11 décembre 1991 à Görlitz.

FAIT à Varsovie le 29 septembre 1994 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Ministre fédéral de l'intérieur
de la République fédérale d'Allemagne :

KURT SCHELTER

Le Ministre de l'intérieur
de la République de Pologne :

H. JASIK

ANNEXE I

Expéditeur : _____

 (Lieu et date)

 (Désignation de l'entité requérante)

N° de dossier : _____

Destinataire : _____

(Désignation du destinataire)

DEMANDE DE PRISE EN CHARGE D'UNE PERSONNE

1. *Renseignements concernant la personne*

1.1. Nom de famille : _____

1.2. Prénoms : _____

1.3. Nom de naissance : _____

1.4. Pseudonyme : _____

1.5. Nationalité : _____ Langue : _____

1.6. Date de naissance : _____

1.7. Lieu de naissance : _____

1.8. Domicile dans le pays de sortie : _____

1.9. Documents personnels (désignation et numéro du document autorisant le franchissement de la frontière, nom de l'organisme qui l'a établi, durée de validité) : _____

2. *Circonstances de l'entrée illégale dans l'Etat qui procède à la reconduction*

2.1. Jour et heure de l'entrée : _____

2.2. Lieu : _____

2.3. Circonstances de l'entrée (indications détaillées) : _____

3. *Séjour dans le pays de prise en charge*

3.1. Date d'entrée : _____

3.2. Lieu d'entrée : _____

3.3. Durée du séjour : _____

3.4. Lieu de séjour : _____

3.5. Itinéraire vers la frontière : _____

3.6. Preuve ou moyen établissant la vraisemblance du fait que l'entrée de la personne par la frontière germano-polonaise ne remplit pas ou plus les conditions requises d'entrée ou de séjour en vigueur (entrée illégale) : _____

4. *Circonstances particulières se rapportant à la personne*

4.1. Interprète nécessaire pour : _____

4.2. Objets transportés : _____
(Documents, argent liquide, etc.)

4.3. Indication du caractère particulièrement dangereux de la personne : _____

(Par exemple soupçon de délit, personne agressive)

4.4. Indication de l'état de santé : _____
(Indication éventuelle de soins médicaux particuliers)

4.5. Mineurs de 13 ans reconduits avec la ou les personnes visées aux points susmentionnés : _____
(Nom et prénom, date de naissance)

4.6. Demandes de la personne soumise à reconduction adressées à l'autorité compétente de l'Etat requérant et position de cette autorité, notamment demande éventuelle de reconnaissance du statut de réfugié ou du droit d'asile : _____

5. *Lieu et date proposés pour la reconduction :*

6. *Pièces jointes :*

7. *Accusé de réception/acceptation de la demande (lieu, date, signature) :*

(Signature)

ANNEXE 2

PROTOCOLE DE RECONDUCTION/PRISE EN CHARGE D'UNE PERSONNE

Lieu de reconduction _____

Date de reconduction _____

Reconduction effectuée par _____

Prise en charge effectuée par _____

Conformément à la demande présentée la (date) _____ par (Etat qui pro-
cède à la reconduction), la (les) personne(s) visée(s) ci-après a (ont) été prise(s) en charge par
(Etat de prise en charge) _____.

1. _____
(Nom, prénom) (Date de naissance)

2. _____
(Nom, prénom) (Date de naissance)

3. _____
(Nom, prénom) (Date de naissance)

4. _____
(Nom, prénom) (Date de naissance)

5. _____
(Nom, prénom) (Date de naissance)

Les pièces jointes suivantes ont été remises à cette occasion :

1. _____

2. _____

3. _____

4. _____

5. _____

Observations : _____

(Prénom, nom et fonction de la personne
qui effectue la reconduction)

(Signature)

(Prénom, nom et fonction de la personne
qui effectue la prise en charge)

(Signature)

ANNEXE 3

**PROTOCOLE DE RECONDUCTION/PRISE EN CHARGE D'UNE PERSONNE
SELON LA PROCÉDURE SIMPLIFIÉE**

1. Le _____ à _____ heures à _____ a été remis(e)
(Date) (Lieu)
à _____
(Nom du pays de prise en charge)

Prénom et nom _____

Date et lieu de naissance _____

Domicile dans le pays d'origine _____

Nationalité _____

L'identité a été établie sur la base de : _____

(Désignation, série et numéro du document, date de délivrance et désignation de l'entité qui l'a émis, éventuellement autre moyen d'établissement de l'identité)

2. Date, lieu, moyens et motifs de l'entrée illégale

(Brève description des faits)

3. Autres motifs de la remise (concerne les ressortissants des Parties contractantes)

4. Preuves confirmatives ou circonstances établissant la vraisemblance de l'entrée illégale

5. Objets, documents et argent à remettre dans le cadre de la remise de la personne

6. Mineurs de 13 ans remis avec la personne visée au point 1

(Nom et prénom, date de naissance)

7. Pièces jointes :

- a) _____
- b) _____
- c) _____
- d) _____
- e) _____

Le présent Protocole a été établi en _____ exemplaires en langue _____ .

*(Prénom, nom et position de la personne
qui effectue la reconduction)*

*(Prénom, nom et fonction de la personne
qui effectue la prise en charge)*

(Signature)

(Signature)

*) Si les renseignements ne tiennent pas dans les rubriques prévues, ils doivent être joints sous la forme d'une annexe, avec un renvoi correspondant dans la rubrique et la liste figurant au point 7.
